EP-W-01-284-3

# A – Was Wohlstand schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | KV Reinickendorf |
| Beschlussdatum: | 17.10.2023 |

## Änderungsantrag zu EP-W-01

**Nach Zeile 284 einfügen:**

Energieunabhängigkeit stärkenDie Energiekrise nach dem russischen Lieferstopp für Gas hat gezeigt, dass Europa unabhängiger von externen Energielieferanten werden muss. Nur so können Industrie und Gewerbe verlässlich und bezahlbar mit Strom versorgt werden. Dieser Umbau kann aber nicht von einem Land allein geleistet werden. Hier braucht es einen europäischen Verbund, in dem Strom erzeugt und gegenseitig geliefert wird. Der Umbau weg von fossilen Energieträgern verlangt allen Volkswirtschaften viel ab. Für eine sichere Stromversorgung aus erneuerbarer Energie hilft eine Verteilung von Wind-, Solar- und Wasserkraftanlagen über eine möglichst große Fläche, um von lokalen Wetterereignissen unabhängiger zu werden. Hier müssen die europäischen Partner eng zusammenarbeiten.

## Begründung

Weltweit liegt die mittlere Erwärmung seit 1850 im Mittel bereits bei „nur” 1,2 Grad – die meisten Staaten der Erde können daher das Pariser Klimaziel durchaus noch einhalten. Doch ist das Versprechen der Klimakonferenz in Paris (2015), alles zu tun, die Erwärmung unter 1,5 Grad zu halten, nur noch unter höchsten Anstrengungen einlösbar, wenn nicht sogar befreits unmöglich.

Beispielsweise, stellt der Deutsche Wetterdienst fest, dass seit Beginn der verlässlichen Messungen (1881) die Temperatur im Mittel in Deutschland schon um 1,7 Grad gestiegen ist. Bereits zu Beginn der Amtszeit der jetzigen Bundesregierung war man sich sicher, dass die Temperatur in Deutschland um mindestens 1,6 Grad im Mittel gestiegen war.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für sinnvoll, die Wähler*innen darauf hinzuweisen, dass es in Deutschland bereits (seit längerem) nach zwölf ist und dass das politische Geplänkel um die Verträglichkeit der Maßnahmen die Unverträglichkeit der Konsequenzen nach sich zieht. Dies gilt insbesondere auch für die politische Glaubwürdigkeit der deutschen Umweltbestrebungen, die ein immer bedeutungsvollerer Faktor in der Glaubwürdigkeit und für den Erfolg deutscher Exportbestrebungen sind. Wenn Deutschland und Europa als ganzes hier nicht sehr schnell massiv verlieren soll, muss energisch gegengesteuert werden. Offensichtlich geht das allein aus innerdeutscher Kraft nicht. Deutschland muss sich dazu Hilfe bei der EU holen – und das ist dann ein sinnvolles Statement für ein Europawahlprogramm.

Dieser Antrag ist Teil eines Gesamtantrags des KV Reinickendorfs, der aufgrund der Beschaffenheit des Wissenswerks als Einzelanträge gestellt werden müssen.